

# FRIEDEN

durch Friedensvertrag der Deutschen mit den Alliierten zum WK I  
und die

## Auferstehung der Gemeinden

An alle Ratsmitglieder der Stadt  
an alle Ratsmitglieder der Gemeinde  
an Alle, die es angeht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ja, wir Alle wollen den Frieden ... unzweifelhaft. Viele werden sagen: „Aber wir haben doch Frieden in unserem schönen Deutschland, uns geht es doch so gut im Vergleich zu vielen Völkern !“ Augenscheinlich wohl ja, jedoch müssen wir bei genauerem Forschen feststellen, dass wir nur einen Waffenstillstand und ein **Friedensdiktat** zum 1.Weltkrieg haben. Dieser 'Vertrag zum Frieden' (Treaty of Peace) ist ein Handelsvertrag und kein ordentlich völkerrechtlicher Friedensvertrag (Peace Treaty). Den haben wir nur mit Russland (Brest-Litowsk, 1918).

Ein Waffenstillstand hingegen kann von unseren Besatzern USA, Großbritannien und Frankreich sofort gebrochen werden. Kriegsvorbereitungen in jüngster Zeit sind unschwer zu erkennen. Der scheinbare Friede liegt in einem sehr latenten Zustand !

Seit 1918 herrscht nicht nur in unserem Land das Handelsrecht, sondern auch bei den Alliierten. Nach dem 2.Weltkrieg, der durch Waffenstillstandsbruch die Fortführung des 1.Weltkrieges war, haben die Alliierten aus Deutschland verwaltungstechnisch die BRD gemacht, quasi eine handelsrechtliche Firma. Die BRD ist kein Staat und hat somit keine hoheitlich staatsrechtlichen Befugnisse; die BRD handelt auf Anordnung ihrer Besatzer. Das muß jedem klar sein !

### **Der Friedensvertrag steht mit der 'Auferstehung der Gemeinden' im Zusammenhang.**

Die handelsrechtliche Versklavung durch die Hochfinanz schreitet unaufhaltsam weiter voran. Wussten wir, daß seit 1990 bis 2013 nach und nach alle Städte und Gemeinden ins Handelsrecht überführt worden sind ? Dadurch gab die BRD die Ur-Gemeinden als Gebietskörperschaft mit Bodenrecht auf. Seit 2013 gibt es keine staatlichen Gemeinden oder Städte mehr. Sie alle sind als Firmen organisiert, was in den internationalen Firmenregistern D&B, Manta oder Hoppenstedt nachzusehen ist.

Diese Firmen unterliegen durch die handelsrechtliche Verwaltung der BRD dem Verein namens Europäische Union (EU). Die EU agiert ebenfalls im Handelsrecht. Diese Gemeindefirmen sind den strikten Anordnungen der übergeordneten EU-'Behörden' ausgeliefert. Anscheinend will die EU, daß sich die Gemeinden hoch verschulden und abhängig von EU-(Förder-) Mitteln werden. Letztlich werden die Gemeinden zu Bittstellern, um ihr eigenes Geld zurück zu bekommen. Die Städte und

Gemeinden der BRD weisen sich durch handelsrechtliche D-U-N-S-/ UPIK-Nummer aus, wie rechts zu sehen am Beispiel der Stadt Hameln (siehe dazu [www.upik.de](http://www.upik.de)).

Dann sind natürlich auch die Bürgermeister in ihrer Firma die Geschäftsführer und somit handelsrechtlich persönlich haftbar. Ist das all unseren Bürgermeistern bewusst?

Eine Firma im Handelsrecht gehört ihrem Eigentümer. Daher dient sie auch zuerst diesem Eigentümer. Zudem ist das Ziel einer jeden Firma, Profite zu machen und zwar jedes Jahr mehr als im Vorjahr. Diese Gewinne, bzw.

diese Gelder, müssen jedoch irgendwo herkommen (bspw. aus Steuern, Abgaben, Parkgebühren).

Der weitere Weg ist wie folgt vorgegeben: Die Gemeinden und Städte in ihrer Firmenstruktur haben oder wollen nach 'Landesgesetz' das sogenannte kommunale Doppik einführen (KomDoppikLG: siehe <http://www.voeb.de/download/rp01> am Beispiel von Rheinland-Pfalz). Diese Struktur ändert das System des Geldvermögens in ein imaginäres Eigenkapital. Es macht die Gemeinde zu einer leeren Hülse. Alle Werte sollen in fremde Hände übergeben werden. Dies sind zum Beispiel Kindergärten, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Schulen, die Schwimmbäder, der öffentliche Personennahverkehr, usw. Den Gemeinden und Städten wird jenes Vermögen und die mit dem Boden verbundenen Rechte entzogen, welches ihre Einwohner und ihre Vorväter bereits erarbeitet haben. Kein Staat (staatenlos !) bedeutet eben keine Rechte.

### Der Ausweg: Reaktivierung der staatlichen Gemeinden ist der Schlüssel.

Eine staatlich organisierte Stadt oder Gemeinde hingegen bleibt im Eigentum der Staatsangehörigen, die dort ihren Wohnsitz haben. Eine staatlich organisierte Stadt bzw. Gemeinde dient den Bürgern vor Ort. Von einer solchen Stadt/Gemeinde profitieren alle Bürger und nicht nur private Eigentümer.

Die Gemeinden im Rechtsstand von vor 1914 sind **schuldensfrei** und die Verträge nach 1918, wie zum Beispiel der ESM Vertrag gelten für sie nicht. Das deutsche Volk haftet allein über den ESM Vertrag für über 10 Billionen Euro. Das gesamte Geld und Immobilienvermögen (abzüglich Schulden) der Deutschen beträgt im Jahr 2016 (1 Quartal) gerade einmal knapp 11 Billionen. Siehe dazu auch den folgenden Vortrag von Prof. H.-W. Sinn vor der IHK im Jahr 2012 (Geplanter Euro-Crash 2017): [https://www.youtube.com/watch?v=vbk\\_T5140ho&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=vbk_T5140ho&feature=youtu.be)

Mit einer einfachen Willensbekundung bei den Alliierten können wir unsere Gemeinden wieder in einen staatlich-hoheitsrechtlichen Status proklamieren (sog. Reststaatlichkeit); zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg, denn da war unser Land noch souverän. Das kaiserliche Deutsche Reich ist niemals untergegangen, denn der erste Weltkrieg wurde niemals mit einem ordentlichen Friedensvertrag beendet, lediglich mit einem Waffenstillstand.

Wenn wir also unsere Gemeinden reaktivieren (rechtlich nennt man das aus dem EU-Vertrag nehmen), haben wir einerseits das so wichtige Bodenrecht, die Gebietskörperschaft, zurückerlangt. Andererseits, wenn wir schließlich genügend Gemeinden wieder in die Reststaatlichkeit reaktiviert haben, hat unser Deutsches Volk die historische und einmalige Chance unseren Besatzern die Hände zum Frieden zu reichen, den so lange ersehnten Friedensvertrag auf 1918. Erst dann herrscht Frieden ... auf der ganzen Welt !

► Home ► UPIK® datensatz

**UPIK® Datensatz - L**

L	Eingetragener Firmenname	Stadt Hameln
	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
L	D-U-N-S® Nummer	341263304
L	Geschäftssitz	Rathausplatz 1
L	Postleitzahl	31785
L	Postalische Stadt	Hameln (Hameln )
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	051512021300
W	Fax Nummer	05151202569
W	Name Hauptverantwortlicher	Susanne Lippmann
W	Tätigkeit (SIC)	8611